

KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 - 872 2150

+ 43 (0) 316 - 872 2151 + 43 (0) 316 - 872 2152 + 43 (0) 316 - 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 - 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin DI Christine Braunersreuther

Donnerstag, 18. September 2014

Antrag

Betrifft: Angebote für Flüchtlingskinder

Die UN-Kinderrechtskommission garantiert seit 1989 jedem Kind die gleichen Rechte – egal, aus welchem Land es kommt oder wo es sich aktuell aufhält. Eine aktuelle Studie der UNICEF (www.unicef.de/blob/56282/fa13c2eefcd41dfca5d89d44c72e72e3/fluechtlingskinder-indeutschland-unicef-studie-2014-data.pdf) besagt jedoch, dass die Rechte von Flüchtlingskindern in Europa im Zugang zur Bildung, bei medizinischer Versorgung und in sozialer Teilhabe eingeschränkt sind. Ganz abgesehen davon, dass sie aufgrund traumatischer Fluchterfahrungen oft besondere Betreuung bräuchten, müssten sie oft lang auf Kindergarten- und Schulplätze warten und haben in den Gemeinschaftsunterkünften, in denen sie mit ihren Eltern beinahe ohne Privatsphäre untergebracht sind, kaum Zugang zu Freizeitangeboten.

Unter dem Titel "In erster Linie Kinder" fordert UNICEF daher, die besondere Schutzbedürfigkeit dieser Kinder – gemeint sind damit alle Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren, egal ob sie mit oder ohne Eltern geflohen sind - zu erkennen und mit behördlicher Unterstützung alles dafür zu tun, ihnen ein kindgerechtes Leben zu ermöglichen. Besonderer Handlungsbedarf bestehe bei Kommunen, besagt die Studie. Eine Menschenrechtsstadt wie Graz sollte sich hier angesprochen fühlen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats Graz werden aufgrund der im Motivenbericht angeführten Gründe ersucht, einen Informationsbericht darüber zu erstellen, wie im

Hinblick auf die vier von der UNICEF angesprochenen Punkte in Graz mit Flüchtlingskindern verfahren wird:

- 1. Kinderbetreuung bei Behördengesprächen / Vermeidung von Dolmetsch-Situationen durch Kinder (auch bei Arztbesuchen)
- 2. kindgerechte Unterbringung
- 3. Zugang zu Schulen, Sprachkursen, Kinderbetreuungseinrichtungen, Freizeitangeboten
- 4. Schulungen für MitarbeiterInnen der Kinder- und Jugendhilfe in migrationssensiblem Verhalten